



Amt der Steiermärkischen Landesregierung
Abteilung 13 – Umwelt und Raumordnung
Stempfergasse 7
8010 Graz
abt13-bau-raumordnung@stmk.gv.at

Datum: 28.05.2026

Stellungnahme der Gemeinde Traboch zur Verordnung über die Ausweisung einer Eignungszone für Windenergie (Bereich Steineck / Kammern)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gemeinde Traboch nimmt Bezug auf den Entwurf zur Ausweisung einer Eignungszone für Windenergie im Bereich Steineck / Kammern und gibt innerhalb der offenen Frist folgende Stellungnahme ab:

Die Gemeinde Traboch spricht sich in der derzeit vorliegenden Form **gegen die Ausweisung dieser Eignungszone** aus. Diese Ablehnung gründet sich auf die nachfolgenden fachlichen und raumordnungspolitischen Bedenken:

Unzureichende landesplanerische Vorprüfung

Die landesplanerische Vorprüfung ist in den vorliegenden Unterlagen nicht ausreichend transparent nachvollziehbar, um die Festlegung der Eignungszone Steineck–Kammern belastbar zu begründen. Der Umweltbericht stellt in Kapitel 3.3 ein Kriterienmodell (Eignungs-, Konflikt- und Abwägungskriterien) sowie in Kapitel 4.4 eine allgemeine Bewertungsmethodik dar, lässt jedoch nicht erkennen, wie diese im konkreten Fall angewendet und gewichtet wurden.

Insbesondere fehlen nachvollziehbare Schwellenwerte, Bewertungsregeln oder Entscheidungsmaßstäbe, anhand derer die Einstufung als Eignungszone erfolgt ist. Auch bleibt offen, wie dokumentierte Konfliktlagen (u. a. Siedlungsnähe, Schutzgebietsbezug, Sichtbarkeit und wildökologische Sensibilität) in die konkrete Abwägung eingeflossen sind.

Damit ist die Herleitung der Flächenfestlegung im Fall Steineck–Kammern nicht nachvollziehbar dokumentiert. Eine überprüfbare Verbindung zwischen den in Kapitel 3.3 und 4.4 beschriebenen Grundlagen und der in Kapitel 6 dargestellten Eignungszone ist nicht erkennbar.



Inkonsistenz der Bewertung:

Im Vergleich zu den übrigen Eignungszonen weist Steineck–Kammern einen geringeren Abstand zu Wohnbauland (ca. 330 m) auf, während in anderen Eignungszonen überwiegend größere Abstände von rund 780 m bis 950 m angegeben sind.

Zudem ist Steineck–Kammern im Gegensatz zu den meisten anderen Eignungszonen als „Nahelage“ zu Schutzgebieten ausgewiesen, während diese dort als „nicht betroffen“ beschrieben werden.

Hinsichtlich der Sichtbarkeit wird für Steineck–Kammern eine potentielle Sichtbarkeit aus Siedlungsräumen angegeben, während andere Eignungszonen als „begrenzte Sichtbarkeit“ oder als vorbelastete Bereiche beschrieben werden.

Diese Unterschiede ergeben sich aus den jeweiligen Standortbeschreibungen innerhalb der Eignungszonen.

Der Umweltbericht weist für Steineck–Kammern mehrere Konfliktindikatoren (insbesondere Siedlungsnähe von ca. 330 m, Schutzgebietsbezug sowie potenzielle Sichtbarkeit aus Siedlungsräumen) aus und dokumentiert damit eine im Vergleich erhöhte räumliche Konfliktnähe.

Trotz dieser Unterschiede ist keine nachvollziehbare abgestufte Bewertung der Eignungswürdigkeit innerhalb der Eignungszonen erkennbar; die Einstufung erfolgt ohne Einfluss der unterschiedlichen Konfliktintensität. Eine abschließende vertiefte Prüfung dieser Konfliktlage auf Ebene der Zonenausweisung ist aus den Unterlagen nicht ersichtlich, sondern wird offenbar in das nachgelagerte Verfahren verlagert.

Fehlende gesamträumliche und kumulative Betrachtung

Eine gesamträumliche Betrachtung der Auswirkungen im Liesing- und Paltental sowie im angrenzenden Raum ist nicht ausreichend erkennbar. Bestehende technische Vorbelastungen werden zwar dargestellt, jedoch nicht in ihrer kumulativen Wirkung mit bestehenden und geplanten Windenergieprojekten bewertet. Dadurch bleibt die Gesamtbelastung des Landschaftsraumes in ihrer tatsächlichen Größenordnung nicht nachvollziehbar.

Der enge Talraum des Liesing- und Paltentales, dem sog. „Kammertal“, weist bereits heute eine erhebliche Konzentration technischer Infrastruktur auf (A9 Pyhrnautobahn, ÖBB-Hauptachse, B113 Schoberpaß Straße sowie 220-kV-Leitung). Diese bestehende infrastrukturelle Vorbelastung führt zu einer deutlichen technischen Prägung von Landschaftsbild, Raumstruktur und Nutzungsqualität.

Vor diesem Hintergrund ist die zusätzliche Belastbarkeit des bereits hoch beanspruchten Landschaftsraumes als begrenzt zu bewerten, weshalb eine vertiefte gesamträumliche Prüfung der Gesamtwirkungen aller bestehenden und geplanten Infrastruktur- und Windenergieprojekte im Talraum erforderlich gewesen wäre.

Der Entwurf zum Entwicklungsprogramm für den Sachbereich Erneuerbare Energie – Windenergie sieht für den Talraum des Liesing- und Paltentales mit Steineck–Kammern und Hubereck zwei Eignungszonen vor. Darüber hinaus liegt der Windpark Herrenwaldrücken in



Trieben derzeit zur Genehmigung durch die Stmk. Landesregierung vor. Insgesamt ergibt sich daraus ein mögliches kumuliertes Ausbaupotential von bis zu 30 Windenergieanlagen entlang eines rund 60 km langen, topografisch engen Talraums.

Es ist somit nicht nur die Einzelstandortwirkung maßgeblich, sondern die kumulative Gesamtwirkung dieser Vorhaben im selben Landschaftsraum. In Verbindung mit der schlanken Talgeometrie führt die Bündelung von Verkehrs- und Energieinfrastruktur zu einer zunehmenden Überprägung des Landschaftscharakters, wobei vertikale Großstrukturen aufgrund der topografischen Enge eine verstärkte visuelle und räumliche Wirkung entfalten. Dies führt zu einer kumulativen Verdichtung der Belastungssituation und vermindert die verbliebenen Wohn-, Ruhe- und Erholungsqualitäten des Talraumes.

Fehlende interkommunale Abwägung

Die Auswirkungen der geplanten Eignungszone betreffen auch die Gemeinde Traboch unmittelbar, insbesondere über Sichtbeziehungen und funktionale Raumwirkungen.

Diese Betroffenheit ist in den Unterlagen nicht nachvollziehbar eigenständig bewertet. Die Prüfung erfolgt im Wesentlichen standortbezogen, obwohl die Wirkungen klar über Gemeindegrenzen hinausreichen.

Die nachfolgenden Einwendungen der Gemeinde Traboch werden vor diesem Hintergrund in die fachliche Gesamtbeurteilung eingestellt:

1. Mangelnde Einbindung der unmittelbar betroffenen Nachbargemeinde Die geplante Zone grenzt unmittelbar an das Gemeindegebiet von Traboch an. Während mit den Standortgemeinden bereits seit geraumer Zeit Gespräche geführt werden, wurde die Gemeinde Traboch bisher in keiner Weise in den Planungsprozess einbezogen. Wir fordern eine Gleichbehandlung als betroffene Anrainergemeinde.

2. Beeinträchtigung der Lebensqualität und des Landschaftsbildes Die geplanten Anlagen am Liesingberg und Steineck wären aufgrund der topografischen Gegebenheiten für weite Teile des Trabocher Gemeindegebietes massiv sichtexponiert. Dies führt zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, das für unsere Gemeinde als Naherholungsraum und Wohnstandort von zentraler Bedeutung ist. Eine detaillierte Untersuchung der Sichtachsen und der kumulativen Auswirkungen (Schattenwurf, Lärm) auf die angrenzenden Trabocher Siedlungsgebiete liegt bisher nicht vor und wird hiermit ausdrücklich eingefordert.

3. Ungeklärte Interessenabwägung und wirtschaftliche Benachteiligung Es ist für die Gemeinde Traboch nicht hinnehmbar, dass die negativen Auswirkungen eines großflächigen Infrastrukturprojekts (optische Dominanz, Entwertung von Immobilien) von unserer Bevölkerung getragen werden sollen, während die wirtschaftlichen Vorteile ausschließlich bei der Standortgemeinde und den Projektwerbern verbleiben. Eine gerechte Lasten- und Nutzenverteilung über Gemeindegrenzen hinweg ist eine Grundvoraussetzung für die Akzeptanz solcher Projekte.



4. Gefährdung der lokalen Trinkwasserressourcen und Quellschutzgebiete Die geplante Eignungszone liegt in einem topografisch sensiblen Bereich, der für die Wasserversorgung unserer Gemeinde und der angrenzenden Ortsteile von wesentlicher Bedeutung ist. Durch die Errichtung von Windkraftanlagen sind massive Bodenversiegelungen und tiefgreifende Fundamentarbeiten erforderlich. Die Gemeinde Traboch äußert größte Sorge hinsichtlich:

- Der potenziellen Beeinträchtigung der unterirdischen Wasserläufe und der Speisung unserer Trinkwasserquellen durch die Bauarbeiten.
- Der Gefahr einer dauerhaften Verunreinigung des Grundwassers (z.B. durch Betriebsstoffe während der Bau- und Betriebsphase). Wir fordern daher zwingend ein umfassendes hydrogeologisches Gutachten, welches zweifelsfrei belegt, dass die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Traboch durch dieses Projekt zu keinem Zeitpunkt – weder qualitativ noch quantitativ – gefährdet wird.

5. Massive Beeinträchtigung des regionalen Flugverkehrs und drohender zusätzlicher Fluglärm für die Bevölkerung

In unmittelbarer Nähe (ca. 2,1 km bzw. 2,7 km) zur geplanten Eignungszone befinden sich zwei hochentwickelte, aktive Luftfahrteinrichtungen: Der **Flugplatz Timmersdorf** (Zentrum für Motor- und Segelflug) sowie der **Heliport des Rettungshubschraubers Christophorus 17** in St. Michael. Aufgrund der topografischen Lage der Eignungszone am Bergrücken führt die Errichtung von ca. 240 Meter hohen Windkraftanlagen zu massiven Einschränkungen der Flugsicherheit und einer gravierenden Umverteilung des Fluglärms zulasten unserer Gemeinde:

- **Gefährdung und Verlegung der Platzrunde (Flugplatz Timmersdorf):** Die bestehende Platzrunde für Motorflugzeuge verläuft direkt entlang des betroffenen Bergkamms. Um Turbulenzeffekte und Kollisionsrisiken zu vermeiden, müsste diese Platzrunde flugbetrieblich in den nördlichen Bereich des Liesingtals – und damit **direkt über das dicht besiedelte Gemeindegebiet von Traboch** – verlegt werden. Dies führt zu einer unzumutbaren, zusätzlichen Lärmbelastung für unsere Bevölkerung.
- **Einschränkung des Segelflugs (Weiglmoaralm):** Ein zentraler Ausklinkbereich für Segelflugzeuge im Raum der Weiglmoaralm liegt exakt in der geplanten Eignungszone. Ein sicheres Ausklinken wäre künftig nur mit erheblichem vertikalem Sicherheitsabstand über den Windrädern möglich. Jeder Schleppvorgang verlängert sich dadurch drastisch, was die Flugzeit der Motor-Schleppzeuge erhöht und zu erheblichem, permanentem Zusatzlärm im Tal führt.
- **Gefährdung der Einsatzrouten von Christophorus 17:** Der Rettungshubschrauber verzeichnete zuletzt über 1.100 Einsätze (mehr als 2.200 Start- und Landebewegungen) pro Jahr. Die geplante Eignungszone tangiert direkt die westliche An- und Abflugroute sowie die typischen Routen zur Überquerung des Bergrückens. Notwendige Ausweichrouten bei Schlechtwetter oder Nachtflügen zwingen die Hubschrauber zu vermehrten Überflügen über bewohntes Gebiet im Liesingtal.

6. Unterstützung der Bürgerinitiative Die Gemeinde Traboch verweist zudem auf die massiven Bedenken der Bürgerinitiative „Lebenswertes Liesingtal“. Die dort zusammengetragenen Argumente hinsichtlich des Arten- und Naturschutzes sowie der



geologischen Gegebenheiten am Standort werden seitens der Gemeinde Traboch vollinhaltlich unterstützt und zum Teil dieser Stellungnahme erhoben.

In der Gesamtschau ergibt sich, dass die Eignungszone Steineck–Kammern derzeit auf keiner vollständig nachvollziehbaren Ermittlungs- und Abwägungsgrundlage beruht. Wesentliche Auswirkungen sind noch nicht gesamträumlich und gemeindeübergreifend bewertet. Gleichzeitig werden zentrale Konfliktbereiche in spätere Verfahren verlagert.

Die Gemeinde Traboch kommt daher zur Einschätzung, dass die Voraussetzungen für eine fachlich belastbare Eignungsfestlegung derzeit nicht vorliegen.

Der Gemeinderat der Gemeinde Traboch hat in seiner Sitzung am 27.05.2026 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst:


Stellungnahme gegen die Ausweisung der Windenergie-Eignungszone „Steineck–Kammern“ und Aufforderung an die Steiermärkische Landesregierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Der Gemeinderat der Gemeinde Traboch erhebt die vorliegende Stellungnahme gegen die Ausweisung der Eignungszone „Steineck–Kammern“ im Rahmen des Entwicklungsprogramms Windenergie vollinhaltlich zu einem offiziellen Beschluss.
2. Der Gemeinderat fordert die Steiermärkische Landesregierung mit Nachdruck auf, von einer Ausweisung der Eignungszone „Steineck–Kammern“ gänzlich Abstand zu nehmen und diese Zone aus dem endgültigen Entwicklungsprogramm zu streichen.
3. Weiters fordert der Gemeinderat die Steiermärkische Landesregierung dazu auf das gegenständliche Gebiet als Windkraft-Ausschlusszone auszuweisen.
4. Für den Fall, dass das Land an Planungen in der Region festhält, wird die Landesregierung aufgefordert, vor jeglichen weiteren Festlegungen eine nachvollziehbare, gesamträumliche, interkommunale und fachlich vertiefte Prüfung unter Einbindung der betroffenen Gemeinden, nicht nur der Standortgemeinden, und der Bevölkerung durchzuführen.

Wir ersuchen um Berücksichtigung dieser Einwendungen im weiteren Verordnungsverfahren.

Mit freundlichen Grüßen


Martin Schuchaneg, BA MA
Bürgermeister der Gemeinde Traboch